



Niederschrift

2. Plenarsitzung des Gemeinderates
24. September 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 16 der Tagesordnung: Verlängerung der Anmietung einer Immobilie zur Unterbringung von vulnerablen Personengruppen Vorlage: 2024/0888

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss der Verlängerung der Belegungsvereinbarung über 141 Betten in der Ebertstraße 17 in 76135 Karlsruhe für zwei Jahre (1. Oktober 2024 bis 30. September 2026) zu.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die entsprechende Vereinbarung mit Gesamtkosten in Höhe von 2.436.480 Euro abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (41 Ja, 4 Nein)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 16 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 17. September 2024.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir haben diese Anträge bisher immer mitgetragen. Aber die aktuelle Entwicklung zwingt uns als AfD-Fraktion, heute dagegen zu stimmen. Das Problem, was wir sehen, ist, dass in ganz Deutschland immer mehr unbegleitete Asylbewerber oder unbegleitete minderjährige Ausländer ankommen. Wir haben hier im Gemeinderat in der vorletzten Legislatur den Antrag gestellt, die Stadt - weil das kann die Stadt entscheiden - möge zweifelsfrei feststellen, ob die Personen denn wirklich minderjährig sind oder nicht, indem man einfach die Hand röntgt. Das haben damals alle anderen abgelehnt.

Vor dem Hintergrund können wir auch nicht sicher sein, dass hier nicht Missbrauch stattfindet, Leistungsmissbrauch. Das Problem ist, dass inzwischen deutschlandweit so viele unbegleitete Minderjährige ankommen, dass die Jugendämter aufgrund von Personalengpässen und von finanziellen Engpässen nicht mehr in der Lage sind, ihrer normalen Aufgabe, nämlich die Betreuung der anderen Kinder und Jugendlichen, ordentlich nachzukommen. Wir sagen jetzt nicht, dass es in Karlsruhe so ist, aber wir befürchten, dass der Trend in die Richtung geht. Wir werden aus diesen Gründen heute dagegen stimmen.

Der Vorsitzende: Sie machen es der Sozialarbeit sehr einfach, wenn man ihnen dann nicht mal ein Dach über den Kopf anbieten kann. Aber ich glaube, wir lassen die Diskussion.

Ich stelle jetzt die Vorlage zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Annahme.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
10. Oktober 2024